

Bürger und Irre

Der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Psychiatrie-Reform

ARND SCHWENDY

Arnd Schwendy hat in unterschiedlichen Funktionen an der Psychiatrie-Reform mitgewirkt: als Referent der Stiftung Rehabilitation, als Geschäftsführer des Dachverbandes Psychosozialer Hilfsvereinigungen, als Mitglied der Expertenkommission zur Umsetzung der Enquete, als Psychiatrie-Referent und Sozialamtsleiter in der Stadt Köln. Seit seiner Pensionierung ist er ehrenamtlich tätig für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsfirmen. arnd.schwendy@netcologne.de

Die vor mehr als vier Jahrzehnten begonnenen Reformen in der Psychiatrie der Bundesrepublik Deutschland wären ohne das fruchtbare und gelegentlich auch konfliktreiche Zusammenwirken von Politikern, Experten und Bürgern nicht möglich gewesen. Später beteiligten sich dann noch die Angehörigen und die Patienten selbst an den Diskussionen.

Es wäre zu kurz gegriffen, die Reform der westdeutschen Psychiatrie seit Ende der 1960er Jahre primär oder allein als Projekt der Experten zu sehen. Dieses Vorhaben konnte nur so viel Schubkraft und Wirkung erzielen, weil sich historisch gleichzeitig mehrere Bewegungen gegenseitig befruchteten – mit allen dazugehörigen Konflikten.

Gemeinsamer Nenner dieser Bewegungen war eher ein bürgerrechtlicher Anspruch als ein fachliches Idealkonzept: nämlich die Beseitigung der nationalen Schande des Elends der psychisch Kranken, die nach dem Wiederaufbau als düstere Wolke am strahlenden Himmel des Wirtschaftswunderlandes schwebte. Mehrere Strömungen verbanden sich also in den 1960er und 1970er Jahren zu einem starken Fluss, der die verkommenen Großanstalten der Psychiatrie unterspülte:

- die Konzepte international orientierter Psychiater, die im Ausland erfahren hatten, was zeitgemäße Lebenshilfe für psychisch Kranke bedeuten kann
- die aus der Studenten-Rebellion mit ihrem Kampf gegen den »Mief seit tausend Jahren unter den Talaren« aufgebeht und dabei die Schattenseiten der reichen Republik entlarvt hatten
- die Mitarbeiter der Kliniken, die unter den inhumanen Bedingungen und der bizarren Hierarchisierung in den Asylen genau so litten wie die Patienten

- und schließlich die Bürger, die als freiwillige Helfer in dem Sumpf der Großkrankenhäuser – oft gemeinsam mit Krankenhausseelsorgern – verzweifelt versuchten, Mitmenschlichkeit hinter die Schlagbäume und Gitter der Anstalten zu tragen.

Mehr Demokratie wagen

Ermutigt konnten sie alle sich fühlen durch Willy Brandt, der in seiner ersten Regierungserklärung der SPD-FDP-Koalition 1969 rief: »Mehr Demokratie wagen!« Hernach erklärte er die 1970er Jahre zum »Jahrzehnt der Rehabilitation Behinderter«.

Das Unbehagen an der westdeutschen Psychiatrie hatten vor allem die beiden Heidelberger Professoren Heinz Häfner und Karl Peter Kisker in einer Denkschrift Ende der 1960er Jahre formuliert. Mit der Diagnose eines »Nationalen Notstandes« lieferten sie dem Bundestag die Legitimation, sich in die Länderkompetenz für Psychiatrie einzumischen.

Die öffentliche Stimmung dafür hatte der Autor Frank Fischer im Jahre 1969 vorbereitet. Sein Buch »Irrenhäuser. Kranke klagen an«, das die unglaublichen Zustände hinter den Mauern schilderte, wirkte wie ein Fanal. Das mediale und politische Echo auf diesen Erfahrungsbericht eines Pädagogen, der in einer Anstalt gearbeitet hatte, war überwältigend. Es stärkte sensiblen Politikern, wie dem hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Walter Picard den Rücken. →

Picard, von Hause aus Pädagoge, hatte sich im Bundestag als Finanzexperte einen Namen verschafft. Beharrlich und mit großer moralischer Überzeugungskraft schmiedete er ein fraktionsübergreifendes Bündnis für die Einsetzung einer Psychiatrie-Enquete. Vorsitzender wurde Prof. Dr. Caspar Kulenkampff, der an der Universitätsklinik Frankfurt am Main schon in 1960er Jahren die erste deutsche Tagesklinik als sozialpsychiatrisches Pilotprojekt gegründet hatte. Die Zusammensetzung der über 200-köpfigen Enquete-Kommission war eine Herausforderung an die »Götter im weißen Kittel«, denn der Kommission gehörten auch Pfleger, Psychologen, Ergotherapeuten und Sozialarbeiter an, als Signal dafür, dass zeitgemäße Hilfe nur interdisziplinär, eben sozial-psychiatrisch geleistet werden kann.

Nach Frankfurt am Main wurde Kulenkampff Ordinarius in Düsseldorf und Ärztlicher Direktor des mit der Universität verbundenen Landeskrankenhauses. Kurz danach ergriff er die Chance, administrative Gestaltungsmöglichkeiten zu erlangen: Er ließ sich zum Gesundheitsdezernenten des Landschaftsverbandes Rheinland (Sitz Köln) wählen.

Der Landschaftsverband Rheinland war damals der größte Träger psychiatrischer Anstalten in Deutschland. Kulenkampff machte ihn zum Flaggschiff der Reform, konnte freilich nicht verhindern, dass die vielen Millionen, die man bereitstellte, nicht auch im Rheinland primär in die Restaurierung und Modernisierung der Anstalten floss. Immerhin gelang es ihm, eine Reihe von psychiatrischen Abteilungen an den Krankenhäusern der Grundversorgung zu bewilligen.

Als das im Gesundheitsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland von Kommunalpolitikern, die um »ihre« Anstalten bangten, scharf kritisiert wurde, wechselte Kulenkampff vom abgehobenen, stets elegant um Konsens bemühten Fach-Sprech auf Klar-Text: »Dass es in Städten wie Duisburg, Essen, Oberhausen keine Betten für psychisch Kranke gibt, ist schlichtweg eine Sauerei!« Diese Botschaft verstanden auch Nicht-Fachleute.

Durch die Vorarbeiten zur Enquete war ein Bündnis zwischen Politikern und politisch aktiven Psychiatern entstanden. Dies führt im Jahre 1971 zur Gründung der »Aktion psychisch Kranke e. V.« Der Bund übertrug ihr die Kommissionsarbeit, eine Sachwalterschaft, die

Der ewige Klassiker: Irren ist menschlich

Das Buch »Irren ist menschlich« ist seit über 30 Jahren *das* sozialpsychiatrische Standardwerk. Es hat die moderne Versorgung psychisch kranker Menschen geprägt wie kein anderes. Und in beispielloser Weise hat »Irren ist menschlich« die Psychiatriereform in den deutschsprachigen Ländern beeinflusst. Es hat klargemacht, dass es auf die Haltung ankommt, wie wir Menschen uns psychischen Beeinträchtigungen und Krankheiten annähern. Erst dadurch kann ein Verständnis all jener Phänomene und der betroffenen Menschen entstehen. Bis heute wurden über 400.000 Exemplare des Buches in seinen verschiedenen Auflagen verkauft. Das um Christine Teller und Frank Wendt erweiterte Autorenteam hat unter Mitarbeit von Hartmut Bargfrede, Ilse Eichenbrenner und Peter Mrozynski in der mittlerweile 22. Auflage insbesondere die sozialrechtlichen und pharmakologischen Aspekte aktualisiert und das Kapitel zur Forensischen Psychiatrie weiterentwickelt.



Klaus Dörner, Ursula Plog, Christine Teller, Frank Wendt: Irren ist menschlich. Lehrbuch der Psychiatrie und Psychotherapie. 22. Auflage. Psychiatrie Verlag, Bonn 2013. 640 Seiten. 29,95 Euro. ISBN 978-3-88414-510-4.

die Aktion psychisch Kranke bis heute hartnäckig und kompetent wahrnimmt.

Irren ist menschlich

Schon ein Jahr zuvor hatten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Berufsgruppen nach ersten Treffen des »Mannheimer-Kreises« zur »Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie e. V.« zusammengeschlossen.

Das theoretische und praktische Wissen lieferten der Psychiater und Soziologe Prof. Dr. Klaus Dörner und die Psychologin Ursula Plog mit dem Leerbuch »Irren ist menschlich«. Es wies den Weg zu einem respektvollen Miteinander von Therapeuten und Patienten und wurde ein Bestseller mit Wirkung weit über die Psychiatrie hinaus. Ein weiterer Mitgründer, der Heidelberger Psychiater Dr. Niels Pörksen, warb mit seinem Buch »Kommunale Psychiatrie« für die Verbindung von Sozialpsychiatrie und Gemeinwesenarbeit. Er hatte dies in den USA kennengelernt und in Mannheim erfolgreich praktiziert.

Die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie stellte auf allen Ebenen eine kritische Öffentlichkeit her, sehr zum Verdruss derer, die die alten Anstalten »im Interesse der chronisch Kranken, die doch draußen keine Chance haben«, um jeden Preis erhalten wollten. Im Jahre 1980 rief die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie erfolgreich zu ei-

ner Sternfahrt nach Bonn auf: »Löst die Anstalten auf« lautete die Parole. Über 8.000 Menschen reisten an: Fachkräfte, Angehörige, Patienten, engagierte Bürger. Niemand von ihnen verstand, warum das, was Franco Basaglia und seiner Bewegung im armen Italien gelungen war, nicht auch in Deutschland funktionieren könnte.

Ebenfalls entschieden gemeindepsychiatrisch orientiert, aber pragmatisch und nicht so radikal wie beispielsweise einige Sozialpolitische Arbeitskreise an Hochschulen, die sich auch antipsychiatrisch positionierten, agierten die Psychosozialen Hilfsvereine. Schon im 19. Jahrhundert hatte es im Bürgertum zum guten Ton gehört, sich in einem Hilfsverein für die nächstgelegene Irrenanstalt zu engagieren, vor allem durch Spenden.

Diese Vereine erlebten in der Enquete-Ära eine Renaissance. Die Organisationen dienten als Mantel für Zusammenschlüsse von Mitarbeitern und Bürgerhelfern (damals noch herabsetzend »Laienheifer« genannt). Durch ihre Wiederbelebung oder Neugründung boten sie gleich zwei Chancen: Zum einen konnten sie Besuchsdienste und Kontaktmöglichkeiten nach draußen verschaffen, um den Patienten die Enthospitalisierung zu erleichtern. Zum anderen konnten sie Öffentlichkeitsarbeit betreiben, vor Ort auf Mängel hinweisen und deren Beseitigung fordern. Und dies ohne Maulkorb durch die Anstaltsleitungen, denn die Vereine waren frei, zudem

drohten ohnehin kaum Kündigungen für »Nestbeschmutzer«, da Arbeitskräfte – vor allem Ärzte – knapp waren.

Aufstieg der Hilfsvereine

Anfang der 1970er rief der Essener Journalist Jürgen Thebrath (später bekannt geworden als WDR-Fernseh-Korrespondent) zum Beispiel in der Tageszeitung »Westdeutsche Allgemeine« die Essener Angehörigen dazu auf, gemeinsam mit Bussen ins 120 Kilometer entfernte Landeskrankenhaus Bedburg-Haus an der holländischen Grenze zu fahren, um ihre Kranken dort zu besuchen und gegen diese Aussonderung aus der Heimatstadt zu demonstrieren.

In Essen gab es nur wenige psychiatrische Betten. Aus dieser Initiative entstand der Verein »Essener Kontakte e. V.« Freiwillige organisierten Treffpunkte in Essen für entlassene Patienten und unterstützen Patienten, die wieder zurück in ihre Heimatstadt wollten. Finanziert durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, es konnten auch zwei Fachkräfte eingestellt werden. Schritt für Schritt wurde ein Nachsorge-System aufgebaut.

Hunderte derartiger Vereine entwickelten sich in jenen Jahren; sie sind heute die Basis der außerklinischen Versorgung, beschäftigen zuweilen über hundert Mitarbeitende und werben in ihren Städten und Kreisen für die Idee, dass psychisch Kranke nicht ausgesondert werden dürfen. Nebenbei sind sie ein Beleg dafür, dass durch kluge Beschäftigungspolitik nachhaltige Wirkungen zugunsten des Gemeinwohls entstehen können; eine Gedanke, der nach den Hartz-IV-Reform allzu schnell in Vergessenheit geriet.

*»Der Ordinarius redete plötzlich Klartext:
»Dass es in vielen Großstädten keine Betten
für psychisch Kranke gibt, ist schlichtweg
eine Sauerei!«*

Die Hilfsvereinigungen vernetzten sich zunehmend bundesweit, sehr zum Schrecken der Ewiggestrigen unter den Anstaltsleitern. Ihr Versuch, einen Zusammenschluss unter ihre Kontrolle zu bringen, wurde abgeblockt. 1975 wurde der »Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen e. V.« in Bonn unabhängig von Anstaltsdirektiven gebildet. Er wähl-

te später die Stuttgarter Volkskundlerin Dr. Inge Schöck zur Vorsitzenden. Ihr Credo war der Bürger, der sich doppelt einsetzt: einmal als persönlicher Begleiter der Kranken im Alltag, um Normalität herzustellen; zum anderen als politischer Anwalt, derer, die ihre Interessen (noch) nicht selbst vertreten können.

Mit der zunehmenden fachlichen und betriebswirtschaftlichen Professionalisierung und dem Wachstum der Vereine, die immer mehr Trägeraufgaben (Kleinheime, Beratungsstellen, Tagesstätten, Integrationsfirmen) übernahmen, wurden die freiwilligen Helfer bedauerlicherweise immer mehr an den Rand gedrückt. (Heute firmiert der Zusammenschluss als »Dachverband Gemeindepsychiatrie«.)

Selbsthilfe der Familien und Patienten

Kompensiert wird der Rückgang der Bürgerhilfe seit 1985 durch Bildung des »Bundesverbandes der Angehörigen psychisch Kranker« in Bonn. Er vereinigte die zahlreichen örtlichen Selbsthilfegruppen von Angehörigen und einige bereits entstandene Landesverbände.

Die jahrelange Gründungsphase wurde vom Dachverband moderiert und gefördert. Erste Vorsitzende dies Zusammenschlusses wurde Hildegund Schütt, eine Mutter von sieben Kindern, darunter eines, das psychisch krank wurde. Sie und ihre Mitstreiterinnen im Vorstand entwickelten den Angehörigen-Verband zu einer kraftvollen und kreativen Selbsthilfe- und Lobby-Organisation. Priorität hat die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder in örtlichen Gruppen. Von der

Fachwelt wird (bis heute mit begrenztem Erfolg) die Achtung und Einbeziehung der Angehörigen eingefordert. Gesundheitspolitisch kämpfen die Angehörigen – bis heute weitgehend vergeblich – für Rundum-die-Uhr-Krisendienste.

Erst einige Jahre später gelang es – wieder durch Begleitung des Dachverbandes – endlich der wichtigsten Gruppe

eine bundesweite Plattform zu schaffen, nämlich den Patienten selbst. Nach dem Vorbild vieler Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen hatten auch psychisch kranke Menschen eigene Selbsthilfegruppen gebildet; sie wollten sich eigenständig in die Auseinandersetzungen um die Zukunft und Vergangenheit der Psychiatrie einbringen wollten.

Im Gegensatz zu den Angehörigen legten die Patienten-Selbsthilfegruppen großen Wert auf Distanz zu den Professionellen, nur handverlesene psychiatrisch Tätige waren bei den Vorbereitungstreffen willkommen. Sie gaben sich den Namen »Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen e. V.«, um damit deutlich zu machen, wer über Expertise verfügt. Ihre Forderung sind – bei aller Radikalität mancher Äußerungen – erfrischend lebensnah. Wer das System weiterentwickelt, ohne ihre Hinweise zu beachten, liegt schief. Wegweisend ist vor allen ihre EX-INN-Bewegung, bei der ehemalige Patienten zu »Genesungshelfern« ausgebildet werden. Es wächst zum Glück die Zahl der Kliniken und Träger, die diesen Experten Arbeit und Tariflohn bieten.

Basis der Gemeinwesenarbeit

In Kreisen und Städten, in denen die Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften (PSAGs) nicht durch überängstliche Ämter bürokratisch erstickt wurden, haben alle hier skizzierten Gruppierungen Mitspracherechte: Fachleute aus den Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden, Bürgerhelfer, Angehörige, Psychiatrieerfahrene.

Die Idee zu diesen träger- und fachübergreifenden Plattformen brachte Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter in die Enquete-Empfehlungen ein. Ohne diese Klammer zwischen den diversen kommunalen Ämtern für Gesundheit, Soziales, Jugend und Schule, den Einrichtungen und Diensten der freien Träger, den Fachleuten, Angehörigen, Betroffenen und Bürgerhelfern konnte Richter sich eine gemeindeintegrierte Versorgung mit starker Prävention und Emanzipation nicht vorstellen. Er machte daher die Zustimmung der von ihm vertretenen Psychotherapeuten zur Enquete von der Empfehlung für Psychosoziale Arbeitsgemeinschaften abhängig. Er legte damit das Fundament für eine bis heute wirksame zivilgesellschaftliche Prägung der Hilfen für psychisch Kranke und ihre Familien. ■